



Sie befinden sich hier: [Startseite](#) > [Staatskanzlei](#) > [Bayern in Berlin](#) > [Plenarsitzungen im Bundesrat](#)

Bundesratssitzungen

Sitzung des Bundesrates am 19. Dezember 2025

19. Dezember 2025



Foto: Staatsminister Dr. Florian Herrmann, MdL und Ministerpräsident Dr. Markus Söder, MdL

Ministerpräsident Dr. Markus Söder, MdL: „Wichtige Entscheidungen zum Jahresabschluss: Der Bundesrat hat heute konkrete Entlastungen für Millionen Menschen in Deutschland beschlossen. Die Pendlerpauschale wird erhöht, die Gastro-Mehrwertsteuer sinkt, die Mütterrente 3 kommt und die Agrardiesel-Rückvergütung wird wieder eingeführt. Es geht voran – die Politik übernimmt Verantwortung und handelt zum Wohl der Bürgerinnen und Bürger. Mit dem heutigen Tag werden viele CSU-Punkte aus dem Koalitionsvertrag umgesetzt. Die Beschlüsse:

- Die Erhöhung der Pendlerpauschale auf 38 Cent pro Kilometer ist eine spürbare Hilfe für alle, die sich täglich auf den Weg zur Arbeit machen. Leistung muss sich lohnen.
- Die Senkung der Gastrosteuer auf 7% stärkt unsere Wirtshäuser, sichert Arbeitsplätze und erhält regionale Vielfalt. Essengehen darf nicht immer teurer werden.
- Die Einführung der Mütterrente 3 ist Ausdruck von Gerechtigkeit, Respekt und Anerkennung für die Lebensleistung von Frauen.
- Mit der Wiedereinführung der Agrardiesel Rückvergütung geht es für unsere Landwirte um Verlässlichkeit und Planungssicherheit. Wir stehen zur bäuerlichen Landwirtschaft.

[zur Rede](#)

Ministerpräsident Dr. Markus Söder, MdL, zum Rentenpaket: „Die Einführung der Mütterrente 3 ist Ausdruck von Respekt und Anerkennung für die Lebensleistung von Frauen.“

Außerdem **billigte** der Bundesrat **mit den Stimmen der Staatsregierung** den **neuen Wehrdienst** (Wiedereinführung der Wehrerfassung durch Online-Fragebogen) sowie das **Gesetz zur Bestimmung sicherer Herkunftsstaaten durch Rechtsverordnung** (Beschleunigung der Asylverfahren, Deutschland wird als Zielland für nicht asyl-rechtlich motivierte Anträge weniger attraktiv).

Staatsminister Dr. Florian Herrmann, MdL: „Mit der Wehrdienstreform antworten wir auf die sicherheitspolitischen Herausforderungen unserer Zeit. Nicht zuletzt in der Migrationspolitik gehen wir einen weiteren wichtigen Schritt: Zukünftig kann die Bundesregierung ohne Blockaden durch einzelne Länder sichere Herkunftsstaaten bestimmen. Die unionsgeführte Koalition im Bund liefert – mit klar erkennbarer bayerischer Handschrift unseres Ministerpräsidenten Dr. Markus Söder.“

Bayerns Bundesratsminister und Leiter der Staatskanzlei, Dr. Florian Herrmann, MdL, erläuterte eine Initiative Bayerns zur **Erhebung einer Subsidiaritätsklage**: Aus Sicht der Staatsregierung steht die **EU-Bodenüberwachungsrichtlinie** nicht mit den Prinzipien der Subsidiarität und Verhältnismäßigkeit in Einklang. Effektiver Bodenschutz und Bodenmonitoring kann auf Grundlage rein nationaler Gesetzgebung gewährleistet werden. Die EU-Richtlinie schafft zudem erheblichen bürokratischen Zusatzaufwand. Der **Antrag zur Klageerhebung** fand jedoch **keine Mehrheit** in der Länderkammer.

[zur Initiative Bayerns](#)

Bayern ist der führende Gründerstandort in Deutschland. Um sicherzustellen, dass junge, innovative Unternehmen auch langfristig in Bayern bleiben, benötigen sie noch besseren Zugang zu Wachstumskapital. Daher fordert die **Staatsregierung** in einer **Bundesratsinitiative** weitere **Maßnahmen zur Mobilisierung von Investitionen in Wagniskapital**, insbesondere zugunsten eines starken Venture-Capital-Ökosystems. [mehr](#)

[zum Antrag Bayerns](#)

[zu den bayerischen Voten](#)



Foto: Ministerpräsident Dr. Markus Söder, MdL und Staatsminister Dr. Florian Herrmann, MdL auf der Bundesratsbank

